

PEKING +10

Mehr Stillstand als Fortschritt



Gute Miene zum nicht ganz so guten Spiel: Frauenministerin Marie-Josée Jacobs bei der UN in New York.

(Fotos: Mega)

Die Bilanz zehn Jahre nach der Weltfrauenkonferenz fällt bescheiden aus. Doch aus Angst vor einem Backlash akzeptieren viele Delegierte den Status Quo.

Das Eis brach am vergangenen Freitag: Nach mehr als einer Woche zähen Diskutierens wich die nüchterne, wenn nicht gar ernüchterte Stimmung der Frauen bei der 49. Sitzung der UN-Frauenrechtskommission, die bereits seit dem 28. Februar und noch bis zum 11. März in New York tagt. Weibliche Delegierte aus aller Welt mochten endlich die Erfolge feiern, die in den dreißig Jahren seit der ersten Weltfrauenkonferenz 1975 in Mexiko erreicht wurden. Zweierlei trug zu diesem Stimmungswechsel bei: Die USA blockierte beim Abtreibungsthema nicht mehr die Abschlusserklärung, die eine erneute Bestätigung der Pekinger Aktionsplattform ist. Und nach einer bewegenden Rede von Nobelpreisträgerin Wangari Maathai über den Weg, den die internationale Frauenbewegung seit Peking gegangen ist, tanzten die Delegierten zu afro-karibischen Rhythmen.

Meilenstein Peking

Eine neue Weltfrauenkonferenz, wie von Frauenorganisationen vor allem aus Südamerika gefordert, ist bislang gleichwohl nicht in Sicht. Der Grund: Die Furcht vor einem Rückschritt in Sachen Frauenrechte ist groß. Die Pekinger Aktionsplattform gilt als Meilenstein in puncto Frauenrechte, die, so befürchteten Feministinnen insbesondere aus Europa und den USA, von konservativen, fundamentalistischen oder neoliberalen Ländern nicht länger unterstützt würden. Viele Aktivistinnen argumentieren zudem, dass Aufwand und Nutzen in keinem Verhältnis stünden, wenn - wie sie sagen - in vielen Ländern der Welt noch nicht einmal die vorhandenen Beschlüsse umgesetzt werden.

Statt wie zur Fünf-Jahres-Bilanz im Jahr 2000 eine Sondergeneralversammlung einzuberufen betont die Frauen-

rechtskommission beim diesjährigen Jubiläum der Pekinger Weltfrauenkonferenz lieber die Auswertung bereits erzielter Fortschritte. Am zehnten Jubiläum nehmen VertreterInnen aus 135 Regierungen mit bis zu 50 Personen teil, darunter auch insgesamt 80 MinisterInnen. Die hochrangige Vertretung macht zumindest eins deutlich: Die vor zehn Jahren eingegangenen Verpflichtungen werden nicht auf die leichte Schulter genommen. Die luxemburgische Delegation wird von der Ministerialbeamtin Maddy Mulheims vertreten. Luxemburgs Frauenministerin Marie-Josée Jacobs (CSV) hielt am Eröffnungstag stellvertretend für die 25 EU-Mitgliedstaaten eine Rede, in der sie unter anderem hervorhob, dass sich Europa weiterhin für unteilbare Menschenrechte von Frauen und Männern einsetzt. Dies schließt auch die sexuellen und reproduktiven Rechte mit ein. Damit stellt sich die EU zumindest verbal hinter die Aktionsplattform von Peking. "La pleine jouissance de tous les droits fondamentaux par les femmes et les filles fait inaliénablement, intégralement et indissociablement partie des droits universels de la personne et est essentielle au progrès de la condition des femmes et des filles, à la paix et au développement", so Jacobs.

Vorbereitet wurde die New Yorker Auswertung entlang nationaler Berichte, in denen Fortschritte und anstehende Herausforderungen zusammengefasst wurden. In hörgeordneten Fünf-Minuten-Häppchen verlasen die jeweiligen Ländervertretungen ihre Statements. Die Berichte unterschieden sich kaum. Fast überall hat sich Regierungsangaben zufolge die Situation der Frauen verbessert. Diskriminierende Gesetze wurden abgeschafft, Frauenministerien eingerichtet und Programme zur Stärkung von Frauen-

rechten und zur Bekämpfung von Gewalt aufgelegt. Allgemeines selbstgefälliges Schulklopfen war der Tenor; immerhin behauptete niemand, dass alle Ziele erreicht seien.

Kleine Schritte

Um so wichtiger, dass die Regierungen bei der Bilanzierung nicht unter sich bleiben. Schon früh morgens standen in langen Schlangen die rund 6.000 Vertreterinnen von Frauenorganisationen und -Frauennetzwerken vor dem Hochhaus-Komplex der Vereinten Nationen und warteten geduldig auf Einlass. Die Sicherheitschecks sind aufwändig und kosten Zeit. Ein gängiger Scherz unter den Wartenden: Genauso langsam wie sich die Schlange vorwärts bewegt, werde auch die Gleichstellung von Frauen erreicht. Kein Wunder, dass drinnen im Konferenzsaal viele ungeduldig werden.

Nach Auffassung von June Zeitlin, Leiterin der internationalen Frauenorganisation für Umwelt und Entwicklung (Wedo) sind die Maßnahmen fast aller Regierungen ungenügend. Derartig kleine Schritte trügen kaum dazu bei, die wirtschaftliche, soziale und politische Veränderung, die seinerzeit in Peking gefordert wurden, tatsächlich zu erreichen. Wedo hat anlässlich der Frauenrechtskommission den Bericht "Verat an Peking" vorgelegt. Das Dokument, das auf 150 Einzel-Länderberichten beruht, ergibt zusammengenommen ein Bild, das in scharfem Kontrast steht zu den offiziellen Schönfärbereien.

Der Bericht zeigt vor allem eins: In all den Jahren hat sich noch nicht viel geändert. "Frauen sind heute in allen Regionen der Welt schlechter dran als vor zehn Jahren", empört sich Zeitlin. In der Tat haben zwar viele Länder Programme und Gesetze angenommen, um die Anzahl der Frauen in Parlamenten zu er-

höhen. Doch stieg der Frauenanteil in Parlamenten und Regierungen weltweit lediglich um vier Prozent: von elf im Jahre 1995 auf 15 Prozent. In Saudi-Arabien und Kuwait dürfen Frauen noch immer nicht wählen; sie bekleiden auch keine politischen Ämter.

Die größten Fortschritte wurden im Bildungsbereich erzielt. Mit Ausnahme einiger Regionen in Afrika und im Nahen Osten werden weltweit nahezu genauso viele Mädchen wie Jungen eingeschult. Trotzdem bestehen geschlechtsspezifische Unterschiede fort. Es sind überwiegend Mädchen, die ihre Schulausbildung abbrechen müssen. Das ist auch der Grund, warum Mädchen und Frauen häufiger als ihre männlichen Gegenparts nicht lesen und schreiben können. Auch sind Mädchen deutlich benachteiligt an weiterführenden Schulen.

Die Beseitigung der Armut ist nicht erst seit Peking eines der wichtigsten politischen Ziele der UN-Frauen. Gleichwohl hat sich die Anzahl armer Frauen in den zehn Jahren nicht verändert. Führende Indigena-Frauen äußerten sich deshalb kritisch über die Erfolge seit Peking. Die Nobelpreisträgerin Rigoberta Menchu Tum aus Guatemala etwa wies auf die doppelte Benachteiligung hin, wenn arme Frauen, die in ländlichen Regionen wohnen, zudem auch noch einer diskriminierten Volksgruppe angehören.

Bei aller berechtigter Kritik wurde leider auch so manch spektakulärer Erfolg übersehen: So blieb beinahe unbeachtet, dass Ruanda mit 48 Prozent weltweit die mittlerweile höchste Frauenrate in seinem Parlament hat. Oder dass vor zehn Jahren in Afrika noch nicht offen über Genitalverstümmelung, Frauenhandel und das frühe Verheiraten gesprochen wurde. Hier wurden - zumindest auf politischer Ebene - Tabus gebrochen und neue Standards geschaffen.

Kampf dem Backlash

Die teilweise Sehschwäche gegenüber eigenen Erfolgen liegt auch daran, dass die Lobbyistinnen in New York im Moment vor allem damit beschäftigt sind, den Status Quo zu erhalten und weitere Einschränkungen verbrieft Frauenrechte abzuwehren. Versuche dazu gibt es auf verschiedenen Ebenen. Viele konservative Regierungen würden nur zu gerne hinter die Sprachregelungen von Peking zurückfallen und lieber Frauen fördern, als ihnen verbrieft Rechte zuzugestehen. Unterstützt werden sie unter anderem von konservativen, christlichen Kreisen, die in großer Anzahl und organisiert auftreten. Erkennbar anhand großer Buttons, auf denen die Wörter "Mutter-

schaft" oder "Vaterschaft" stehen, werben sie für die traditionelle Rollenverteilung und bringen insbesondere ihr Lieblingsthema immer wieder in die Diskussion: die Abtreibung. Wohl auch deshalb wird es einen neuen Aufbruch in New York sicherlich nicht geben. Die bereits vorliegende Abschlusserklärung, die am heutigen Freitag verabschiedet werden soll, hat ihren Wert vor allem darin, dass alle Länder sich ein weiteres Mal zu den Zielen der Aktionsplattform von Peking verpflichten. Nach Auffassung vieler Frauen-NGOs reicht das aber nicht aus. Sie fordern die Regierungen auf, endlich ihre Hausaufgaben zu erledigen. "Die Regierungen haben die finanziellen Zwänge und Stereotypen zwischen Frauen und Männern bisher ungenügend hinterfragt", so Wedo-Leiterin Zeitlin. Sie verlangt deshalb von den anwesenden Regierungen, zum Abschluss der Konferenz drei konkrete Vorhaben zu benennen, die sie bis September dieses Jahres umsetzen wollen. Man (und frau) darf gespannt sein, welche Ziele sich Luxemburgs Verantwortliche setzen werden. Im September soll dann ein Rückblick auf die bereits vor fünf Jahren verabschiedeten Millenniums-Entwicklungsziele erfolgen - bessere Ergebnisse dürften freilich auch dann nicht auf dem Tisch liegen.

Wohl deshalb ermahnte Generalsekretär Kofi Annan in seiner Eröffnungsrede die Staatschefs der Welt, eines bei ihrer Bilanz im September zu berücksichtigen: Dass nämlich "die Gleichstellung von Frauen und Männern das wirkungsvollste Mittel für die Entwicklung eines Landes, seiner Wirtschaft und die Ernährungssicherung seiner Bevölkerung" sei.

Carolyn Callenius

Carolyn Callenius ist für die woxx in New York und berichtet von der dortigen Sitzung der UN-Frauenrechtskommission.

Weitere Informationen unter www.peking-plus-zehn.de